

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Dienstag, den 12. Juli 1921. - Abendausgabe 7 1/4 Uhr.

Vermittlung von Hausgehilfinnen. Im Gemeinderatsausschuss für Sozialpolitik referierte heute GRin. Königstetter über die Festsetzung von Normallöhnen für die Hausgehilfinnen. Die Referentin teilte mit, dass auf Grund von Besprechungen, denen Abordnungen des Verbandes der christlichen Hausgehilfinnen, des Vereines arbeitender Frauen, des Hausgehilfinnenverbandes „Einigkeit“, der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs, des Wiener Hausfrauenvereines und der Zentralorganisation der katholischen Frauenbewegung Mindestlöhne für Hausgehilfinnen festgesetzt worden sind. Diese betragen für ein Mädchen für Alles ausschliesslich der Zubereitung der Speisen bis zum 16. Lebensjahr 400 und über 16 Jahre 500 K monatlich; einschliesslich der Zubereitung der Mahlzeiten wurde der Mindestlohn mit 800 bis 900 K monatlich festgesetzt. Für Kindermädchen beträgt der Mindestlohn 750 K, für Kinderstubenmädchen 900 K, für eine Kinderfrau, Haushälterin oder Wirtschaftlerin 1000 K, für eine Stütze der Hausfrau 1500 K. Auch für die Bedienerinnen, Reisberinnen, Wäscherinnen und Büglerinnen wurden eigene Mindestlöhne festgesetzt. Der Gemeinderatsausschuss beschloss, dass die städtischen Dienstvermittlungsstellen bei der Vermittlung von Hausgehilfinnen nur solchen Dienstgebern Arbeitskräfte zuweisen dürfen, die diese Mindestlöhne anbieten. Es ist ferner die auf dem Gebiete der Dienstvermittlung tätigen Privatorganisationen zu ersuchen, den gleichen Vorgang bei ihren Vermittlungen einzuhalten.

Ausbau der Schmelz-Siedlung. Der Gemeinderatsausschuss für Sozialpolitik und Wohnungswesen beschloss heute nach einem Referat des amtsführenden Stadtrates Grünwald den Ausbau der Siedlung auf den Schmelzgründen. Bekanntlich wurden von den ursprünglich geplanten 53 Häusern nur 42 fertiggestellt. Die Errichtung der restlichen 11 Häuser musste wegen der hohen Kosten im Frühjahr zurückgestellt werden. Nunmehr sollen diese Bauten mit geringfügigen Änderungen mit Hilfe des Wohnungs- und Siedlungsfonds in Angriff genommen werden. Dadurch werden 108 Kleinwohnungen geschaffen, wovon 24 aus zwei Zimmern, Kammer und Küche, die übrigen aus Zimmer, Kammer und Küche bestehen. Die Wohnungen werden allen hygienischen Anforderungen entsprechen. Die Kosten einer Wohnung stellen sich auf rund 550.000 K, so dass unter Berücksichtigung der derzeitigen Materialpreise und Arbeitslöhne mit 60 Millionen Kronen Kosten zu rechnen ist. Das Wohnungsamt wurde beauftragt, beim Kuratorium des städtischen Wohnungs- und Siedlungsfonds die Kostengenehmigung zu erwirken und die staatliche Finanzhilfe für die Ausführung in Anspruch zu nehmen.

Fertigstellung von Notstandwohnungen. In der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Sozialpolitik und Wohnungswesen erstattete Stadtrat Grünwald einen Bericht über den Stand der Arbeiten des Notstandsbauprogrammes der Gemeinde für das Jahr 1921. So wurden im Barackenlager Lauerstrasse an Stelle der ursprünglich geplanten 55 Wohnungen 63 geschaffen, wovon 44 aus Zimmer und Küche und 19 aus einer Wohnküche bestehen. 21 Wohnungen sind bereits

fertiggestellt und ist auch die Zuweisung bereits erfolgt, während die restlichen 42 Wohnungen bis Ende Juli zur Vollendung gelangen. Die Kosten einer solchen Wohnung stellen sich auf ungefähr 60.000 K. Im Simmeringer Barackenlager konnte mit den Arbeiten erst in dieser Woche begonnen werden, da die Hauptstadt für Sachdemobilisierung für den Ankauf der Baracken ohne jede Begründung ein masslos erhöhtes Offert gestellt hat. Einer Intervention des Wohnungsamtes beim Ministerium für soziale Verwaltung ist bisher ergebnislos geblieben. Da aber durch die Verzögerung der Inangriffnahme dieser Wohnbauten die Herstellungskosten unausgesetzt steigen, wurde beschlossen ohne den Kaufabschluss abzuwarten, mit den Umgestaltungsarbeiten zu beginnen. Es dürften bis Ende August 136 Wohnungen der Benützung zugeführt werden können. Weiters wurden in der Baracke des Baumgartherlagers, die Eigentum der Gemeinde Wien ist, die vorgesehenen 12 Wohnungen bereits fertiggestellt und an Wohnungsbedürftige zugewiesen. Das Stadtbauamt hat sich gegen den Ankauf der Baracken in der Jedleseerstrasse mit der Begründung ausgesprochen, dass der für die Erwerbung und Adaptierung der Baracken erforderliche Kostenaufwand mit dem Gewinn an Wohnung nicht im Einklang steht. Das Wohnungsamt steht jedoch auf dem Standpunkt, dass angesichts der gerade in Floridsdorf herrschenden grossen Wohnungsnot diese Baracken adaptiert werden müssten, und wird in der nächsten Sitzung des Kuratoriums des städtischen Wohnungsfonds den Ankauf der Baracken beantragen. Geplant war ferner die Herstellung von 48 Wohnküchen in den angeforderten Arbeiterwohnhäusern in Favoriten. Dieser Plan musste jedoch fallen gelassen werden, da die Wienerberger Ziegelwerke den Eigenbedarf geltend machten. Unmöglich ist auch der Wiederaufbau von sieben Barackenwohnungen in dem städtischen Hause Alleegasse 44. Es müssten nämlich derart kostspielige Deckenverstärkungen vorgenommen werden, dass das Projekt nicht mehr als wirtschaftlich erscheinen würde. In Ausführung befindet sich die Herstellung von zwei Wohnungen in dem städtischen Schulhause Quellenstrasse 78, die Umgestaltung des städt. Hauses Einwaggasse 33 und die Schaffung von Wohnungen im städtischen Bedienstetenwohnhaus Johann Hoffmannplatz und von vier Wohnungen im Bedienstetenwohnhaus Wattgasse. Beendet sind die Arbeiten zur Schaffung von 5 Wohnküchen und einer Verwalterkanzlei in der Kossauerkaserne. Mit der Herstellung der geplanten 21 Wohnungen im Hause Landstrasse Hauostrasse 94 konnte mit Rücksicht auf ein von der Staatsverwaltung anhängig gemachten Verzichtsansuchen, über das noch nicht entschieden wurde, bisher nicht begonnen werden.

Als neuer Notstandsbauprojekt ist bereits die Umgestaltung der Baracke 27 in Grinzing in Arbeit. Dadurch werden mit einem Kostenaufwand von rund 1 Million Kronen 15 Wohnungen hergestellt. In Ausarbeitung ist ferner ein Projekt, das die Umgestaltung des alten Amtshauses in „Lietzing“ in der Baumgasse in ein Wohnhaus versieht. Es sollen dort 15 aus Zimmer, Kabinett und Küche bestehende Wohnungen hergestellt werden. Die Kosten betragen rund 700.000 Kronen.

Der Gemeinderatsausschuss hat die Berichte genehmigend zur Kenntnis genommen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Dienstag, den 12. Juli 1921. - Abendausgabe 1/2 6 U

Freiwerdende Schulen. Aus Zeitungsmeldungen ist zu entnehmen, dass der Obmann des Ortsschulrates für den 8. Bezirk Arnold Hans Schwer in einer Versammlung Erklärungen abgegeben hat, die sich mit der Auflösung von Schulen im 8. Bezirke befassen, die jedoch den Tatsachen keineswegs entsprechen. Richtig ist folgendes: Es wurde behauptet, dass der Bezirksschulrat geflissentlich in einer ebenso kränklichen als auch verletzenden Weise den Ortsschulrat zurücksetze, über dessen Kopf hinweg Verfügungen treffe und ihn so kontinuierlich brüskiere. In welcher Weise dies geschehen sein soll, dafür musste naturgemäß der Beweis schuldig geblieben werden. Zur Charakterisierung dieser Angriffse möge, so weit sie die Auflösungen der beiden Schulen im 8. Bezirk Piaristengasse 43 und Laudongasse 5 - letztere überhaupt nur als provisorische Massnahme gedacht -betreffen, festgestellt werden, dass durch viele Jahre hindurch alljährlich vom Ortsschulrate des 8. Bezirkes und von der Bezirksvertretung, also den berufenen Vertretern^{der} Josefstadt, die Auflösung beider unhygienischer Schulen und der Ersatzbau eines neuen Schulgebäudes verlangt wurde. Die christlichsoziale Gemeinderätin Gabriele Walter stellte zuerst im Jahre 1918 den Antrag auf Auflösung der beiden Schulen und hat bei jeder sich bietenden Gelegenheit diesen Antrag wiederholt.

Die Gemeinde Wien hat nun diesem Verlangen durch den Ankauf des nach den modernen Prinzipien eingerichteten Gebäudes des Vereines „Freie Schule“^{8, Albertgasse 23} Rechnung getragen.

Der Obmann des Ortsschulrates für den 8. Bezirk Arnold Hans Schwer nahm an einer Sitzung teil, in der er den Details der Auflösung der Schulen zugestimmt hat. Der Vorwurf, dass der Ortsschulrat erst aus den Zeitungen von einer vollzogenen Tatsache erfahren habe, erklärt sich auf folgende merkwürdige Weise: Trotzdem der Vorsitzende des Bezirksschulrates bei der Beschlussfassung über die Auflösung der beiden Schulen die Mitglieder des Bezirksschulrates besonders auf die von ihnen eingegangene gesetzliche Verpflichtung der Amtsverschwiegenheit aufmerksam gemacht hatte, erschien bereits am nächsten Tage ein Bericht über die Vorgänge im Bezirksschulrate in der „Reichspost“. Vorher eine schriftliche Mitteilung an den Ortsschulrat gelangen zu lassen, war also durch den Bruch des Amtsgeheimnisses unmöglich geworden. Uebrigens wurde der Obmann des Ortsschulrates noch am Tage der Beschlussfassung unmittelbar nach der Sitzung vom Bezirksschulinspektor von den Beschlüssen in Kenntnis gesetzt.

Ebenso wie die früheren Behauptungen ist auch das veröffentlichte Ziffermaterial tendenziös gruppiert. Es wird z.B. be-

richtet, dass die 5. Klasse der Schule 8, Josefstädterstrasse 95, 76 Schüler besuchen, absichtlich verschwiegen wird aber, dass in dieser Schule zwei fünfte Klassen bestehen. Dies trifft bei allen höheren Schülerzahlen zu; es sei nur darauf verwiesen, dass die dritte Klasse der Schule 8, Lerchengasse 19, 28 Schüler besuchen und auch dort zwei Klassen zu Verfügung stehen, so dass sogar versucht werden muss, aus anderen Schulen Kinder zuzuweisen.

Die zum Schlusse des laufenden Schuljahres stattgefundenen Einschreibungen haben ergeben, dass im 8. Bezirk (nebst den in der Schule 1, Bartensteingasse 7 eingeschriebenen aber im 8. Bezirk wohnhaften Schulkindern) 1075 Knaben und 1016 Mädchen (zusammen 2091 Kinder) eingetragen sind. Von diesen wohnen 143 Knaben und 172 Mädchen (zusammen 285 Kinder) im 16. Bezirk. Von den in der Josefstadt wohnhaften Kindern (932 Knaben und 874 Mädchen) können je 60 Knaben und Mädchen dem Schulgebäude 8, Albertgasse 23, zugewiesen werden; somit verbleiben für die übrigen Volksschulen des 8. Bezirkes 372 Knaben und 314 Mädchen (zusammen 686 Kinder), die auf 64 Klassenabteilungen (31 Knaben- und 33 Mädchenklassen) aufgeteilt werden können. Es resultiert hieraus ein Durchschnittsbelag von 26 Schulkindern pro Klasse. Würden die im 16. Bezirk wohnhaften und in den Schulen des 8. Bezirkes eingeschriebenen Kinder in diesen Schulen verbleiben, was nur zum geringen Teil geplant ist, so würde die Durchschnittsziffer pro Klasse trotzdem nur 31 Kinder betragen.

Der Umstand, dass 275 Kinder infolge der Auflösung der Knabenvolksschulen 8, Laudongasse 5 und 8, Piaristengasse 43 künftighin in andere Schulen gehen müssen, die sich noch immer in nächster Nähe ihrer Wohnung befinden, ist die Ursache, von einer „Beraubung“ der Schulkinder zu sprechen. Die amtliche Verständigung von der Niederlegung der Ortsschulratsmandate durch die christlichsozialen Mitglieder des Ortsschulrates für den 8. Bezirk ist bereits an den Bezirksschulrat gelangt, der sich in seiner demnächst stattfindenden Vollversammlung damit zu befassen haben wird.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michau.

27. Jahrgang. Wien, Dienstag, 12. Juli 1921.

Entfallende Sprechstunden. Stadtrat Gründwald wird bis 15. August nicht amtieren. Es bleiben daher alle Zuschriften, die in Wohnungssangelegenheiten an ihn/gerichtet werden, unerledigt. Solche Zuschriften sind daher ausnahmslos an die Direktion des Wohnungsamtes der Stadt Wien, I, Parkring 8, zu richten.

Von den städtischen Sammlungen. In der Galerie der Stadt Wien ist das Bildnis des Schauspielers Theodor Weiss aufgenommen worden. Der Künstler konnte vor einiger Zeit sein 40jähriges Schauspielerjubiläum und zugleich die 25jährige Zugehörigkeit zum Deutschen Volkstheater begehen. Das wohlgelungene charakter-scharfe Bildnis ist ein Werk des Wiener Malers Jacques Sternfeld.

Anbotsverhandlung. Montag den 18. ds., 10 Uhr vormittags, findet bei der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke, 9, Marianengasse 4, die Vergebung der Baumeisterarbeiten zur Herstellung eines Maschinenfundamentes in der Unterstation Währing eine öffentliche schriftliche Anbotsverhandlung statt.
